

Tschiang soll Inseln räumen

Kraft soll vom BHE ausgeschlossen werden

(W-K) Bonn. Dem Gesamtdeutschen Block/BHE liegt ein offizieller Antrag vor, den Gründer und ehemaligen Vorsitzenden dieser Partei, Bundesminister Waldemar Kraft, aus der Partei auszuschließen, wurde am Wochenende in Bonn bekannt.

Den Ausgangspunkt der Krise bilden Meinungsverschiedenheiten über das deutsch-französische Saarabkommen, das Kraft von Anfang an befürwortete, während die überwiegende Mehrheit der BHE-Bundestagsfraktion erhebliche Bedenken dagegen geltend macht. Nach Informationen aus zuverlässiger Quelle wollen mehrere BHE-Abgeordnete darauf drängen, daß der Antrag auf Ausschluß Krafts aus der Partei bereits am 25. Januar von der Bundestagsfraktion zur Diskussion gestellt wird. Daneben gibt es aber auch Kräfte, die diese Auseinandersetzung bis zum bevorstehenden außerordentlichen

Das Wichtigste im Sport

Hohe deutsche Hallenhandball-Niederlage
Eintracht Braunschweig — HSV 1:4
Göttingen 05 — Hannover 96 1:2
Arminia Hannover — VfL Wolfsburg 1:0
Harburger TB — VfB Oldenburg 6:0

Parteitag verschieben wollen, der am 29. Januar in Bonn zusammentritt. Schärfster Gegenspieler von Kraft ist der von der CDU zum BHE übergetretene Vorsitzende des Bundes vertriebener Deutscher, Dr. Linus Kather.

Raketen überqueren Ozeane

USA erproben neue Langstrecken-Geschosse
Washington. (dpa/Reuter) Die Entwicklung von Raketen und ferngelenkten Geschossen ist in den USA so weit fortgeschritten, daß man jetzt mit ferngelenkten Geschossen experimentiert, deren Reichweite über Kontinente geht. Ein hoher Beamter des Verteidigungsministeriums sagte, die USA seien auf diesem Gebiet weiter als irgendein anderes Land. Einige der interkontinentalen Raketen-Geschosse sollen eine Anfangsgeschwindigkeit von etwa 14 500 km/st haben. Amerikanische Fachleute arbeiten an der Errichtung einer „Versuchsstrecke“ zwischen Banana-River in Florida und den britischen Ascension-Inseln im Südatlantik. Auf dieser 8000 Kilometer langen Strecke sollen die neuen Langstreckengeschosse erprobt werden.

108 aus Lager Potma

Neuer Heimkehrertransport in Friedland
Göttingen. (dpa) Nach dreimonatiger Pause traf am Wochenende überraschend ein neuer Heimkehrertransport aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik ein. Im Grenzübergangslager Friedland bei Göttingen kamen nacheinander in kleinen Gruppen insgesamt 108 Heimkehrer an, darunter sieben Frauen und sieben Kinder. Die Heimkehrer, die sich in dem sowjetischen Lager Potma (5110/43) befanden, sind Volksdeutsche aus Jugoslawien sowie einige Slowenen und Kroaten, die als Freiwillige bei der Waffen-SS dienten und 1945 in sowjetische Gefangenschaft gerieten.

SPD schickt Kurier zur Bühler Höhe

Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands

Bonn. (dpa) Der SPD-Vorstand hat Bundeskanzler Adenauer am Sonntagabend auf Bühler Höhe durch Kurier einen Brief des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer überreichen lassen, in dem sozialdemokratische Vorschläge und Forderungen zur Wiedervereinigung Deutschlands enthalten sind. Der Inhalt des Briefes, der am heutigen Montag veröffentlicht werden soll, basiert auf einem Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes und des Vorstandes der Bundestagsfraktion, der am Wochenende gefaßt worden ist. In einem Kommuniqué heißt es, der Beschluß sei das Ergebnis einer sehr gründlichen Aussprache, die der „ungeheuerlich ernststen Situation“ gegolten habe. Die SPD glaube, daß die Bundesregierung nicht mit Aufbietung allen Willens der drohenden Verewigung der Spaltung Deutschlands entgegengetre.

WETTERBERICHT

Trockenes Frostwetter
Vorhersage: Am Montag zeltweise wolktig und einzelne Nebel- und Hochnebelfelder, aber niederschlagsfrei, noch meist schwachwindig, tagsüber leichter, nachts mäßiger Frost bis minus 6 Grad, Straßeneisglätte.
Wetterlage: Hoher Luftdruck erfaßt allmählich ganz Deutschland und führt allgemein zu trockenem Frostwetter.
Weitere Aussichten: Noch trocken und Fröste.
Temperaturen: Höchste Lufttemperatur am Sonntag in Bremen minus 1 Grad, Bremerhaven minus 2 Grad, tiefste in der Nacht zum Sonntag minus 2 Grad, am Erdboden minus 3 Grad. 24stündiger Niederschlag bis Sonntag früh: 2 mm. Bremen, 17 Uhr: Nordostwind, Stärke 2. Luftdruck: 767 mm. Tendenz: steigend. Relative Luftfeuchte 86 Prozent.
Sonne: 24. 1. Aufgang 8.22 Unterg. 16.53
Mond: 24. 1. Aufgang 8.18 Unterg. 17.47 Neumond
Hochwasserzeiten (Deutsches Hydrographisches Institut)
Bremen
Brake
Vegesack
Bremen
24. Jan. 1.35 2.35 3.35 3.58
14.02 15.02 16.02 16.25

Eisenhower will Vollmacht für Fernost

Peking weist UN-Vermittlung zurück

Washington. (dpa/Reuter/AP/INS) Präsident Eisenhower wird dem amerikanischen Kongreß am Montag eine Botschaft übermitteln, in der um Billigung der im Gebiet von Formosa geplanten amerikanischen Maßnahmen ersucht wird. Das Weiße Haus gab bekannt, daß die Botschaft „die amerikanische Politik im Zusammenhang mit der Sicherheit von Formosa“ klären soll. Es wird allgemein damit gerechnet, daß der Kongreß die gewünschte Vollmacht erteilt. Sie soll die Befugnis enthalten, amerikanische See- und Luftstreitkräfte zur Räumung der von Tschiang Kai Schek gehaltenen Inseln vor der chinesischen Küste einzusetzen, die für die Verteidigung Formosas nicht von Bedeutung sind.

Unterrichtete Kreise in Washington wiesen darauf hin, daß die Maßnahmen Eisenhowers das Ziel haben, „den falschen Krieg am falschen Platz“ zu verhindern. Die amerikanischen Behörden sollen bereits einen Plan für die Evakuierung der 20 000 nationalchinesischen Soldaten von den Tachen-Inseln, den nördlichsten nationalchinesischen Inselstützpunkten vor der chinesischen Küste, ausgearbeitet haben. Nach Ansicht der USA sind diese Inseln für die Verteidigung Formosas und der Pescadore wertlos.
In seiner Botschaft wird Eisenhower, wie verlautet, eine klare Linie für die Verteidigung der USA im Fernen Osten festlegen, die nicht nur Formosa und die Pescadore, sondern auch Quemoy und die Matsu-Inseln einschließen soll. Die Matsu-Inseln, etwa 180 Kilometer nordwestlich von Taipeh, liegen auf dem Weg zwischen Formosa und dem Festlandshafen Futschan, während Quemoy den Zugang zu dem Festlandshafen Amoy beherrscht. Die amerikanischen Pläne sind bisher von den nationalchinesischen Behörden mit großer Reserve aufgenommen worden. Der nationalchinesische Ministerpräsident O. K. Yui sagte, seine Regierung widersetzte sich entschieden einer vollständigen Räumung der Tachen-Insel. Die nationalchinesischen Behörden haben jedoch nach Mitteilung unterrichteter Kreise am Wochenende mit der Evakuierung der Zivilisten von mehreren Inseln der Tachen-Gruppe begonnen.

In Taipeh, der Hauptstadt Formosas, traf am Sonntag der amerikanische Admiral Pride an Bord seines Flaggschiffs, des Kreuzers „Helena“, ein. Pride ist Befehlshaber der 7. Amerikanischen Flotte, der der Schutz von Formosa übertragen ist. Zusammen mit der „Helena“ hatten zwei amerikanische Zerstörer am Sonnabend Hongkong verlassen, während drei amerikanische Flugzeugträger zur gleichen Zeit mit dem Bestimmungsort Südchinesisches Meer aus Manila ausliefen.
Die Chinesische Volksrepublik hat sich am Sonntag gegen eine Vermittlung der UN zur Herbeiführung eines Waffenstillstands in Fernost ausgesprochen. Der Peking Rundfunk bezeichnete die in Washington und London erörterten Pläne als „einen Versuch zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und zur Ausbreitung der Aggression unter der Flagge der UN“. Der Sender forderte die USA auf, sofort ihre bewaffneten Streitkräfte aus dem Gebiet von Formosa zurückzuziehen.
Obwohl man sich in politischen Kreisen Washingtons darüber klar ist, daß es schwer sein wird, einen Waffenstillstand im Gebiet von Formosa zustande zu bringen, ist dieses Thema weiterhin Gegenstand von Beratun-

gen auf höchster Ebene. Der neuseeländische Ministerpräsident Sydney Holland sprach am Wochenende in New York und Washington darüber mit dem Präsidenten des UN-Sicherheitsrats, dem Neuseeländer Sir Leslie Munro. Politische Kreise in Washington messen der Tatsache, daß Neuseeland in diesem Monat den Vorsitz im Sicherheitsrat hat, große Bedeutung zu. Neuseeland hat die Regierung in Peking zwar nicht anerkannt, sich jedoch niemals entschieden gegen eine solche Anerkennung ausgesprochen.

Baden-Baden. (AP) Bundeskanzler Adenauer hat sich am Sonnabend in einer über den Rundfunk verbreiteten Ansprache bereit erklärt, mit den Sozialpartnern Besprechungen über die Erhaltung des Arbeitsfriedens in den kommenden Jahren zu führen. Adenauer sagte, er nehme die Anregung des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, zu der Besprechung auf und hoffe, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund einer Einladung von ihm Folge leisten werde.
Adenauer unterstrich, daß Deutschland in seiner gegenwärtigen Situation den sozialen Frieden brauche. Das Mitbestimmungsrecht sei in keiner Weise gefährdet, fügte er hinzu. Der Kanzler wandte sich nachdrücklich gegen die Äußerungen des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte, Reusch. „Die Erklärung des Herrn Generaldirektor Reusch ist nicht nur im Ton durchaus zu tadeln. Sie ist auch unrichtig. Das gleiche gilt von den Bemerkungen des Instituts für Industrieforschung. Ich habe seinerzeit auf Wunsch der Beteiligten die Verhandlungen (über das Mitbestimmungsgesetz) zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern geleitet. Ich weiß daher am besten, daß von einer Erpressung nicht die Rede sein kann. Ich bedauere außerordentlich, daß Herr Reusch diesen Ausdruck, durch den sich die Gewerkschaften mit Recht verletzt fühlen können, gebraucht hat, aber, und das muß ich nachdrücklich erklären, eine Gefährdung des Mitbestimmungsrechtes bringt dieser Ausspruch nicht mit sich.“

Die Arbeitsniederlegung bedeute für die deutsche Volkswirtschaft eine schwere Schädigung, erklärte Dr. Adenauer. Die deutsche Wirtschaft stehe wirklich nicht auf so sicherem Boden, daß solche Experimente gestattet sein könnten.
In seiner Rede ging der Kanzler auch auf die letzte sowjetische Erklärung zur Deutschlandfrage ein. „Die Verlautbarung der Sowjetunion ist im Ton etwas anders als die bisherigen Noten. Am Ziel der sowjet-russischen Politik hat sich, wenn man sie sorgfältig prüft, nichts geändert“, sagte der Kanzler. „Wir sind nicht so töricht, die Hilfe der Atlantikpaktstaaten bei der Wiederver-

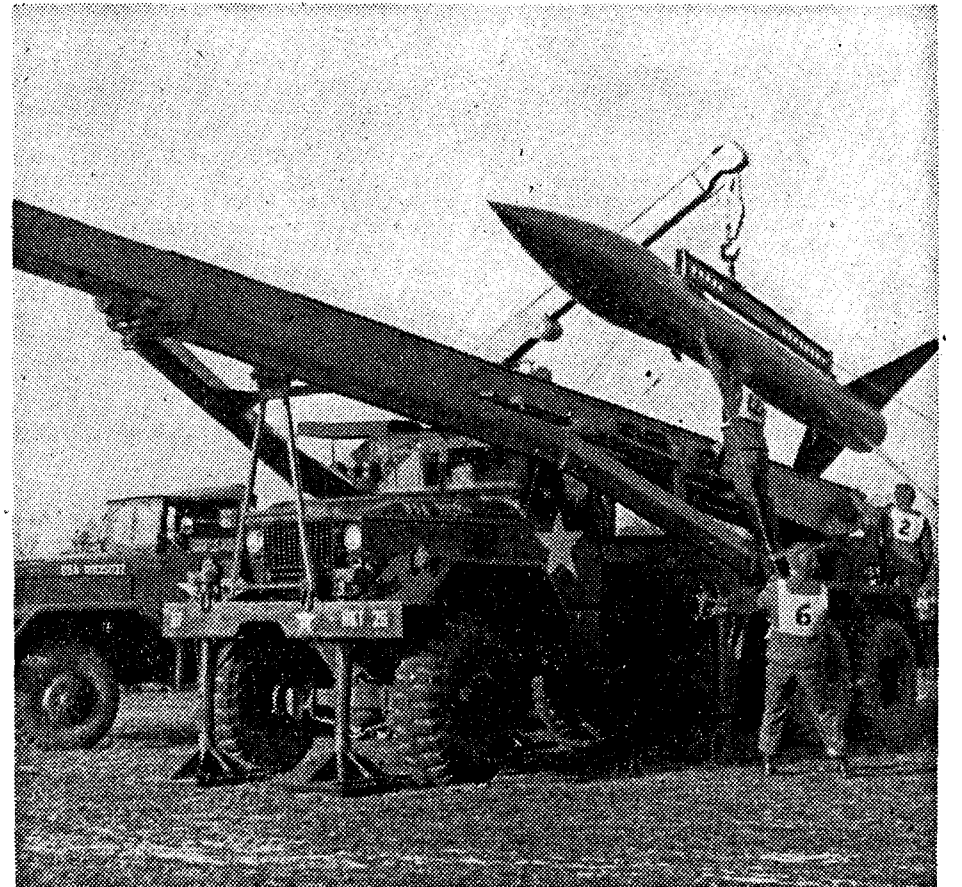
einigung durch eine Ablehnung oder eine dieser in ihrem Wirken gleichkommenden Vertagung der Pariser Verträge auf Grund einer solchen Verlautbarung Sowjetrußlands preiszugeben.“ Er könne in der Sowjet-erklärung kein Entgegenkommen des Kremles sehen, wie die SPD erkläre. Aus der Erklärung gehe doch eindeutig hervor, daß es nach dem Willen der Sowjets auf unbestimmte Zeit bei der Teilung Deutschlands bleiben solle. Die Sowjetunion wolle auch nicht freie Wahlen im demokratischen Sinne. Wichtig bleibe allein, daß sie erstmalig den Gedanken einer internationalen Kontrolle der Wahlen aufnehme.

Der Kanzler unterstrich, daß sich die Bundesrepublik niemals an einem Abkommen militärischer, wirtschaftlicher oder politischer Art mit der Sowjetunion beteiligen werde, das stillschweigend oder erklärtermaßen die Fortdauer der Teilung Deutschlands sanktioniere. „Wir wollen kein zweigeteiltes Deutschland, wir wollen ein Deutschland.“
Brenner kritisiert Kanzler
Reusch-Erklärung keine Einzlerscheidung
Köln. (dpa) Der Vorsitzende der Industrie-Gewerkschaft Metall, Brenner, kritisierte am Sonntag in Köln, daß der Bundeskanzler

Suhr stellt neuen Berliner Senat vor

Mit 101 Stimmen gewählt — Haas bleibt vorerst Finanzsenator

Berlin. (dpa) Das Westberliner Abgeordnetenhaus hat am Wochenende den neuen Berliner Senat gewählt, der sich aus sieben Mitgliedern der SPD und sechs Angehörigen der CDU zusammensetzt. Für den vom Regierenden Bürgermeister Suhr eingebrachten Vorschlag stimmten 101 Abgeordnete, 19 stimmten dagegen, sechs enthielten sich der Stimme.
Nach der Wahl und Vereidigung konstituierte sich der neue Senat. Die Regierungserklärung wird Dr. Suhr am 3. Februar abgeben. Nach Vereinbarung der beiden Koalitionsparteien bleibt der bisherige Finanzsenator Dr. Haas bis zur Verabschiedung des neuen Etats im Amt. Im Sommer soll der Posten neu besetzt werden. Die CDU hat dafür den ehemaligen nordrhein-westfälischen Wiederaufbauminister Dr. Otto Schmidt nominiert.
Die Ämter des neuen Berliner Senats sind wie folgt verteilt: Regierender Bürgermeister Dr. Otto Suhr (SPD), Bürgermeister Franz



„Der ehrbare Johann“ in 20 Minuten schußbereit
Auf einem Armeeflugplatz bei Darmstadt wurde jetzt die neueste Waffe der US-Armee, die Artillerie-Rakete „Honest John“ („Ehrbarer Johann“) vorgeführt. Die durch Selbstfahrlafetten auch im Gelände sehr bewegliche Rakete ist binnen 20 Minuten abschußbereit. Ihre Reichweite beträgt 30 Kilometer. Die Wirkung entspricht der mehrerer hundert Granaten. Die Rakete, die auch einen Atomkopf aufnehmen kann, wird nicht ferngesteuert, sondern mit der üblichen Zieltechnik geschossen.

Adenauer ist zur Vermittlung bereit

Gespräch zwischen Sozialpartnern angestrebt - Tadel für Reusch

Köln. (dpa) Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, erklärte am Sonntag zu der Rundfunkerklärung des Bundeskanzlers, es sei unrichtig, wenn man sage, daß das Mitbestimmungsrecht bei Kohle und Eisen vom Parlament nicht unter Streikdruck beschlossen worden sei. Er verkenne nicht, sagte Berg, daß sich der seinerzeitige DGB-Vorsitzende Böckler alle Mühe gegeben habe, einen Streik zu verhindern. Es sei aber absolut positiv und klar und auch durch zahlreiche Dokumente bewiesen, daß Regierung und Parlament unter sehr starkem Druck der Streikdrohung gestanden hätten.

Erklärung unrichtig
Präsident Berg zur Adenauer-Rede
Köln. (dpa) Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, erklärte am Sonntag zu der Rundfunkerklärung des Bundeskanzlers, es sei unrichtig, wenn man sage, daß das Mitbestimmungsrecht bei Kohle und Eisen vom Parlament nicht unter Streikdruck beschlossen worden sei. Er verkenne nicht, sagte Berg, daß sich der seinerzeitige DGB-Vorsitzende Böckler alle Mühe gegeben habe, einen Streik zu verhindern. Es sei aber absolut positiv und klar und auch durch zahlreiche Dokumente bewiesen, daß Regierung und Parlament unter sehr starkem Druck der Streikdrohung gestanden hätten.

Schäffer verzichtet überraschend auf Parteivorsitz in Bayern
München. (AP) Zum neuen Vorsitzenden der bayerischen CSU wurde am Wochenende auf einem außerordentlichen Parteitag in einer Kampfabstimmung der frühere bayerische Wirtschaftsminister Dr. Hanns Seidel gewählt, auf den 380 Stimmen entfielen. Bundesminister Franz Josef Strauß unterlag knapp mit 329 Stimmen.
Bundesfinanzminister Schäffer hatte seine Kandidatur, die noch vom Vorstand der Christlich-Sozialen Union befürwortet worden war, kurz vor der Wahl überraschend zurückgezogen. Er begründete diesen Schritt damit, daß es für seine Aufgabe in Bonn

CSU entscheidet sich für Seidel

nicht gut wäre, wenn sich eine Minderheit der Delegierten für ihn entscheide. Die Frage Schäffers: „Wünscht die Partei, daß ich Bundesfinanzminister bin und bleibe?“ wurde von der Versammlung durch anhaltenden Beifall bejaht.
Seidel tritt die Nachfolge des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard an, der seit 1949 an der Spitze der CSU stand. Nach seiner Wahl zum Landtagspräsidenten im vergangenen Dezember hatte Ehard selbst empfohlen, einen neuen Parteivorsitzenden zu bestimmen. Die Kandidatur Schäffers wurde von einem Teil der Delegierten mit dem Hinweis kritisiert, das Amt des Bundesfinanzministers und des Vorsitzenden der Oppositionspartei in Bayern ließen sich sachlich und arbeitsmäßig nicht miteinander vereinen.

Flanders rät zur Neutralität

US-Senator über die Wiedervereinigung

Cleveland. (dpa/Reuter) Der republikanische Senator Flanders sagte am Sonnabend in Cleveland, die Bemühungen, Westdeutschland wieder zu bewaffnen, stießen auf immer größere Schwierigkeiten. Flanders, der Mitglied des Militärausschusses des Senats ist, erklärte, es gebe keinen Zweifel daran, daß das deutsche Volk größeres Interesse an der Wiedervereinigung als an einer Wiederbewaffnung habe. „Diese Auffassung gewinnt an Boden, je deutlicher es wird, daß die Wiederbewaffnung außer durch kriegerische Mittel nicht zur Wiedervereinigung führen wird. Es könnte daher notwendig werden, Deutschland Verhandlungen mit der Sowjetunion und der westlichen Welt mit dem Ziel einer kontrollierten, unbewaffneten Neutralität als Preis für die Wiedervereinigung zu gestatten.“

Erste Plenarsitzung im Cut

Bundestag behandelt Zollfragen

Bonn. (AP) Bei der ersten Plenarsitzung des Bundestages im neuen Jahr am kommenden Donnerstag wird der Bundestagspräsident erstmalig im Cut präsidieren. Auf der Tagesordnung stehen fast ausschließlich Zollfragen. Eine große Anzahl von Zöllen soll herabgesetzt werden.